

Niederschrift
über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb
am 08.05.2013

Tagungsort: Concarneau-Raum (Cafeteria 1, Neues Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: **18:00 Uhr bis 18:05 Uhr**
Ende: 18:20 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Wilhelm Kleinesdar
Herr Holger Nolte
Herr Frank Strothmann
Herr Detlef Werner

SPD

Frau Dorothea Brinkmann
Herr Hans Hamann
Frau Regina Klemme-
Linnenbrügger
Frau Hannah Voigt
Herr Andreas Winter

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gerd-Peter Grün
Herr Dieter Gutknecht
Herr Priv.-Doz. Dr. Jörg van Nor-
den

BfB

Herr Peter Pfeiffer

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Von der Verwaltung:

Frau Ritschel
Herr Kugler-Schuckmann
Frau Stücken-Virnau
Herr Finke
Herr Ibe
Frau Grothe

Vor Eintritt der Sitzung stellt Frau Brinkmann fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 36. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 10.04.2013

Es werden keine Einwände erhoben.

Beschluss:

Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Frau Brinkmann weist auf die folgenden Tischvorlagen hin:

- Anschreiben der Fa. ZERNA an Einwohner/innen der Ravensberger Straße
- Termin zur Offenlegung der Lutter in der Ravensberger Straße am 14.05.13
- Präsentation zu den Zwischenergebnissen der Alternativenprüfung zur Regenrückhaltung

Frau Ritschel berichtet von einer Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen an den AfUK über die Extensivierung der Grünpflege. Sie teilt mit, dass die Anfrage mit der Antwort der Verwaltung vor der Sitzung zur Kenntnis verteilt worden sei.

Sie informiert darüber, dass auch der Landschaftsbeirat an der Thematik interessiert sei. Es werde daher ein Ortstermin stattfinden. Die Mitglieder des BA UWB und des AfUK erhielten ebenfalls eine Einladung.

Herr Kugler-Schuckmann nimmt Bezug auf eine Pressemitteilung über die Verschmutzung im Leineweberpark. Er erklärt, dass es aufgrund des langen Winters bei der Aufstellung der Mülleimer zu Verzögerung gekommen sei. Dies würde jedoch in Kürze nachgeholt.

Herr Hamann kritisiert die Darstellungsweise des Zeitungsartikels. Er sähe auch die Bürgerinnen und Bürger in der Pflicht Verschmutzungen zu vermeiden. Er ist der Meinung, dass diesbezüglich beispielsweise eine Werbekampagne helfen könne.

Herr Kugler-Schuckmann erklärt, dass der Umweltbetrieb durch Hinweise weiterhin die Bürgerinnen und Bürger für die ordentliche Müllentsorgung sensibilisieren werde.

Beschluss:

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis.-

Zu Punkt 3

Anfragen

Herr Winter fragt nach den Baumaßnahmen an der Rohrteichstraße/Ecke Bielsteinstraße und an der Otto-Brenner-Straße. Er habe den Eindruck, dass die Arbeiten nur sehr langsam voran gingen und der Zeitplan deutlich verschoben sei.

Er bittet außerdem um eine fotografische Aufarbeitung des Termins in der Ravensberger Straße zur Offenlegung der Lutter.

Frau Ritschel sagt die fotografische Aufarbeitung des Ortstermins zu.

Herr Kugler-Schuckmann antwortet zu den Baumaßnahmen, dass die Arbeiten an der Otto-Brenner-Straße voraussichtlich bis Ende Juni abgeschlossen seien.

Eine Information zur Baustelle an der Rohrteichstraße werde nachgereicht.

Beschluss:

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis.-

Zu Punkt 4

Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 5

Kurzvorstellung des neuen Leiters der Abteilung Grünunterhaltung (Dauer ca. 5 Minuten)

Frau Brinkmann begrüßt Herrn Finke als neuen Leiter der Abteilung Grünunterhaltung und bittet ihn sich vorzustellen.

Herr Finke berichtet von seinem Werdegang und erläutert sein Aufgabengebiet. Er hofft für die Zukunft, dass für die Pflege der 2000 Grünanlagen nicht nur finanzielle Mittel für Sicherheit und ggf. Sauberkeit vorhanden sind, sondern dass auch noch Mittel vorhanden sind, um einige Bereiche schön zu machen bzw. schön zu erhalten.

Frau Klemme-Linnenbrügger betont, dass auch für sie der Aspekt „schön“ wichtig sei. Aus ihrer Sicht werde derzeit Wert auf das Stadtbild gelegt und sie hoffe, dass das so bleibe.

Herr Hamann gibt zu bedenken, dass das aufgrund der Größe der zu pflegenden Flächen immer schwieriger werde. Er nimmt Bezug auf die durchgeführte Organisationsuntersuchung und fragt Herrn Finke, ob er sich mit den Ergebnissen identifizieren könne.

Herr Finke antwortet, dass die Organisationsuntersuchung die Basis für das weitere Arbeiten gelegt habe. Er vertrete jedoch auch die Meinung, dass bei gleichbleibender Personalstruktur ein Zuwachs an Aufgaben an einer Stelle (Bsp. Kesselbrink), eine Reduzierung der Aufgaben an anderer Stelle zur Folge haben müsse.

Herr Dr. van Norden stellt dar, dass nach dem Organisationsgutachten der Wunsch bestehe, dass die jeweiligen Bezirke über Maßnahmen mitentscheiden könnten. Er möchte wissen, wie viel Spielraum dann noch für das „Schöne“ bliebe.

Herr Finke erklärt, dass sich das noch herausstellen müsse und es für eine Einschätzung zu früh sei.

Herr Kugler-Schuckmann weist abschließend darauf hin, dass es immer ein Ziel gewesen sei und auch bliebe, mindestens die Vorzeiganlagen in gutem Zustand zu halten.

Beschluss:

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis.-

Zu Punkt 6

Abstimmungsvereinbarung der Stadt Bielefeld mit den Betreibern des Dualen Systems gem. § 6 Abs. 4 Verpackungsverordnung.

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5640/2009-2014

Herr Hamann fragt nach, wann die Entscheidung den Bürgerinnen und Bürgern mitgeteilt werde.

Herr Kugler-Schuckmann erklärt, dass eine offizielle Information nach der Ausschreibung ca. Ende Juni/Anfang Juli erfolgen werde. An den Infostellen würden bereits Einzelnachfragen beantwortet.

Beschluss:

Die Stadt Bielefeld als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (öRE) schließt mit Der Grüne Punkt – Duales System Deutschland GmbH (DSD) eine Abstimmungsvereinbarung über den Betrieb eines flächendeckenden Sammel- und Entsorgungssystems für gebrauchte Verkaufsverpackungen (LVP) sowie stoffgleiche Nichtverpackungen (sNVP) gem. § 6 Abs. 4 Satz 1 ff VerpackV für die Jahre 2014 – 2016 ab.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7

Bericht zur Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) 2010

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5555/2009-2014

Frau Brinkmann weist die Verwaltung einleitend darauf hin, dass die Darstellungsweise des Berichtes etwas kompliziert und unübersichtlich sei. Sie bittet Herrn Ibe die Vorlage zu erläutern.

Herr Ibe leitet in die Thematik ein. Er erinnert an die Zusammenhänge und das Ziel des ABK. Er weist darauf hin, dass die Umsetzung des ABK verbindlich sei und daher jährlich die Pflicht bestehe, Änderungen mitzuteilen. Die Landesregierung fordere im Bericht eine detaillierte Ausweisung der Maßnahmen. Beispielsweise seien zwei Maßnahmen an einem Objekt als zwei Einzelmaßnahmen aufzuführen. Er erklärt, dass sich die genannten Änderungen jeweils auf das Jahr 2010 bezögen.

Herr Gutknecht fragt nach, ob die jeweiligen Baumaßnahmen mit den Stadtwerken und der Telekom abgestimmt seien.

Herr Ibe antwortet, dass es eine Arbeitsgruppe mit den Stadtwerken und dem Amt für Verkehr gebe, in der Baumaßnahmen abgestimmt würden. Verschiedene Baumaßnahmen an einer Stelle in relativ kurzem Abstand könnten jedoch nicht immer vermieden werden. Zum Teil könnten Maßnahmen aufgrund eines begrenzten Budgets nicht zum passenden Zeitpunkt durchgeführt werden. Zudem hätten Straßen, Kanäle und Versorgungsleitungen verschiedene Nutzungsdauern, so dass eine gleichzeitige Erneuerung nicht immer sinnvoll sei

Frau Klemme-Linnenbrügger weist darauf hin, dass eine Erläuterung der Kürzel für die „Art der Maßnahme“ in der Vorlage gefehlt habe. Sie fragt nach, ob die ausgewiesene Baumaßnahme in der Otto-Brenner-Straße die Maßnahme sei, an der bereits gearbeitet werde.

Herr Ibe entschuldigt die fehlenden Erläuterungen im Anhang. Er bestätigt, dass es sich um die genannte Maßnahme handele.

Beschluss:

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis.-

Zu Punkt 8

Sanierung der Weser-Lutter (ständiger Tagesordnungspunkt)

Herr Kugler-Schuckmann berichtet, dass mit der Sohlsanierung in den nächsten Tagen und Wochen begonnen werde. Die zentrale Baustelleneinrichtung werde auf der Freifläche am Parkhaus Hermannstraße eingerichtet. In der 2. Juniwoche werde mit der Aushebung der zweiten Baugrube begonnen.

Die betroffenen Anwohner/innen würden mit einem Anschreiben rechtzeitig über die Baumaßnahmen informiert. Zusätzlich würden Informationen im Internet eingestellt.

Beschluss:

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis.-

Zu Punkt 9

Offenlegung der Lutter im bebauten Bereich Am Bach und Ravensberger Str. bis Teutoburger Str.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5429/2009-2014

Frau Brinkmann stellt fest, dass trotz des Ortstermins in der Ravensber-

ger Straße Beratungsbedarf vorhanden sei.

Sie gibt den Ausschussmitgliedern daher im Folgenden Gelegenheit zur Diskussion.

Herr Gutknecht vertritt die Meinung, dass ein Beschluss schon zum jetzigen Zeitpunkt notwendig sei, da die Stadtwerke Planungsdruck hätten. Die Entscheidung über die Offenlegung der Lutter müsse nicht zwangsläufig mit der Leitungsverlegung zusammenhängen. Es könne bereits zum jetzigen Zeitpunkt ein Beschluss gefasst werden, nach dem die Leitungen so zu planen wären, dass eine Offenlegung möglich bliebe. Die Leitungsplanung würde mit diesen Vorgaben kaum Mehrkosten verursachen und die Stadtwerke könnten mit der Planung beginnen.

Herr Werner gibt zu bedenken, dass ein solcher Beschluss vom Auftraggeber gefasst werden müsse. Auftraggeber sei die Stadt Bielefeld, der Umweltbetrieb sei nur Auftragnehmer.

Herr Hamann stimmt zu, dass der Umweltbetrieb nur Auftragnehmer sei. Er führt aus, dass die Entscheidung über die Offenlegung der Lutter in erster Linie in Zuständigkeit anderer Gremien läge. Der BA UWB sei nur hauptverantwortlich für die Kanalsanierung. Allerdings sehe er an dieser Stelle Abhängigkeiten. Er habe Sorge, dass die Zeit aufgrund der Dringlichkeit der Sanierung knapp werde. Ein Beschluss über die Offenlegung sei bisher von den zuständigen Ausschüssen, BV Mitte und AfUK, nicht gefasst worden. Damit eine Entscheidungsgrundlage herbeigeführt werde, spricht sich Herr Hamann dafür aus, dass die Entscheidung auf die erste Jahreshälfte festgelegt werde.

Herr Dr. van Norden vertritt die Meinung, dass im Rahmen der Zuständigkeit des BA UWB bereits ein Beschluss zur Leitungsverlegung gefasst werden solle, der alle Varianten offen lasse. Es solle Planungssicherheit für die Stadtwerke geschaffen werden.

Frau Ritschel erläutert, dass die Zuständigkeit in dieser Frage differenziert zu betrachten sei. Die BV Mitte sei für den Straßenausbaustandard zuständig, für die Offenlegung als wasserbauliche Maßnahme der AfUK. Der Prüfauftrag sei jedoch vom Rat erteilt und breit diskutiert worden. Daher sei auch der BA UWB einbezogen worden. Sie habe den Eindruck, dass anfänglich die BV Mitte vor einer eigenen Entscheidung das Votum der Fachausschüsse abwarten wolle. Es habe sich jedoch eine Entwicklung vollzogen. Die BV Mitte habe sich in der letzten Sitzung zunächst auf den Ortstermin festgelegt. Von einer Entscheidung in der nächsten Sitzung sei aus ihrer Sicht jedoch auszugehen. Die anderen Fachausschüsse hätten ihre Entscheidung demzufolge vertagt.

Für den Zeitplan wünscht sich Frau Ritschel, dass ein Beschluss in der Ratssitzung im Juni gefasst werde. Grundsätzlich bräuchten die Stadtwerke möglichst bald Klarheit für die Planungssicherheit. Ein Votum werde daher zeitnah benötigt. Der Ortstermin könne dennoch abgewartet werden.

Sie stellt klar, dass ihr zunächst ein Grundsatzvotum genügen würde. Details könnten zu einem späteren Zeitpunkt abgesprochen werden. Sie gehe derzeit davon aus, dieses im Juni zu erhalten.

Herr Stiesch schlägt vor, den Stadtwerken zu signalisieren, mit der Variante 2 zu planen.

Herr Werner entgegnet, dass es an der Stelle wieder um die Klärung der Ursprungsfrage gehe. Für ihn seien alle Varianten, auch die Nullvariante, noch eine Option. Genau diese Entscheidung gelte es noch zu treffen. Wenn ein Beschluss vor der Sommerpause ausreiche, solle aus seiner Sicht mit einer Entscheidung gewartet werden.

Herr Dr. van Norden bekräftigt noch mal, dass alle Varianten möglich blieben, wenn die Stadtwerke den Auftrag bekämen, mit einer möglichen Offenlegung zu planen. Eine solche Planungsgrundlage hätte keine Mehrkosten zur Folge, sodass ein entsprechender Beschluss bereits jetzt gefasst werden solle.

Herr Gutknecht ergänzt, dass die Varianten 1 und 2 für die Stadtwerke sogar die gleiche Planungsgrundlage bedeuten würden.

Herr Hamann sagt, dass Wert darauf gelegt werden solle, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu entscheiden. Nach seinem Eindruck sei das Meinungsbild konträr. Ein schneller Beschluss könne daher nur vernünftig sein, wenn sonst die Sanierung zeitlich in Verzug geraten würde.

Er sei immer davon ausgegangen, dass eine Entscheidung erst im Anschluss an die BV Mitte und die Einwohnerversammlung getroffen werde. Da das entscheidende Thema für den BA UWB jedoch die Kanalsanierung bleibe, sei die ausschlaggebende Frage, ob eine Entscheidung vor der Sommerpause ausreiche.

Herr Werner stellt klar, dass auch aus seiner Sicht eine Entscheidung erst im Juni getroffen werden solle, sofern es zeitlich ausreiche.

Frau Ritschel erklärt, dass sich der Zeitplan bereits verschoben habe, dennoch habe sie Beratungsbedarf eingeplant. Das neue Ziel sei, einen Beschluss in der Sitzung im Juni zu erreichen.

Warneinrichtungen zur Überwachung des Kanals seien weiterhin vorhanden. Wenn es einen Notfall geben sollte, könnten und müssten Sicherungsmaßnahmen ohnehin unabhängig von Sitzungsterminen getroffen werden. Mit einer Entscheidung im Juni könne umgegangen werden. Sie werbe daher für eine Entscheidung in der nächsten Sitzung.

Herr Dr. van Norden bittet um eine Sitzungsunterbrechung.

Frau Brinkmann unterbricht die Sitzung für 5 Minuten.

Im Anschluss einigen sich die Ausschussmitglieder auf folgende Beschlussfassung:

Beschluss:

Aufgrund der dringenden Kanalsanierung in der Ravensberger Straße bittet der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, den Stadtentwicklungsausschuss und die BV Mitte, zeitnah über die Frage der Offenlegung der Lutter zu entscheiden, damit abschließend der Rat am 13. Juni eine Entscheidung treffen kann.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9.1 **Offenlegung der Lutter im bebauten Bereich Am Bach und Ravensberger Str. bis Teutoburger Str.**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5429/2009-2014/1

Der TOP wurde zusammen mit TOP 9 beraten.

Zu Punkt 10 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es liegen keine Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen vor.

Dorothea Brinkmann